

# Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer  
für Ostfriesland und Papenburg

01

2026

## Veranstaltungen / Unternehmerreisen 3

|                   |   |   |
|-------------------|---|---|
| 08.01-17.02.2026  | Webinare zu Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsbereich.....                  | 3 |
| 03.05.-08.05.2026 | Delegationsreise in die USA (Interessensbekundungen bis zum 16.01. möglich) ..... | 3 |
| 20.01.2026        | GTAI-Webinar zu Zöllen im US-Markt .....  | 3 |
| 21.01.2026        | Webinar zur Mitarbeiterentsendung nach Deutschland .....                          | 3 |
| 22.01.2026        | Geschäftschancen in Entwicklungs- und Schwellenländern .....                      | 4 |
| 27.01.2026        | Seminar zu Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsbereich .....                  | 4 |
| 29.01.2026        | Webinar „Bulgarien: Ein Wachstumsmarkt im Südosten der EU“ .....                  | 4 |
| 05.02.2026        | GTAI-Webinar „China Ausblick 2026“ .....  | 5 |
| 09.02.2026        | GTAI-Webinar „Pan-Euro-Med-Zone: Regeln ab Januar 2026“ .....                     | 5 |

## Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 5

|   |    |
|---|----|
| China: Antidumpingzölle auf Schweinefleisch aus der EU .....  | 5  |
| China: Erweiterte Lizenzpflicht bei Stahlexporten .....   | 5  |
| China: Lieferstopp für Dual-Use-Güter nach Japan .....  | 6  |
| EU: Neue Regeln im Allgemeinen Präferenzsystem (APS) .....  | 6  |
| EU: Neue Regeln in der Pan-Euro-Med-Zone (PEM) .....  | 6  |
| EU: Verstärkte Einfuhrkontrollen von Lebensmitteln, tierischen sowie pflanzlichen Erzeugnissen..... | 7  |
| EU: Zollfreiheitsgrenze für Sendungen unter 150 Euro aus Drittstaaten fällt weg.....                | 8  |
| Schweiz: Änderungen im Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland .....                             | 8  |
| Türkei: Antidumpingzoll auf Weißbleche .....  | 9  |
| USA: Antidumpingzoll auf Hexamin aus Deutschland .....  | 9  |
| USA: H-1B-Visa-Lotterie geändert .....  | 9  |
| USA: Zölle auf Holz und Holzprodukte .....  | 9  |
| USA: Zollkontingente für bestimmte Waren .....  | 10 |
| USA: Zollrückerstattungen bald nur noch elektronisch .....  | 10 |
| Vereinigtes Königreich: Änderung der Exportkontrollverordnung .....                                 | 10 |

## Ländernotizen 10

|  |    |
|--|----|
| Ägypten: Neue Energievereinbarung mit Israel.....                                  | 10 |
| Bulgarien: Rüstungsindustrie baut Kapazitäten aus .....                            | 11 |
| Grönland: Fischerei dominiert, Rohstoffe noch Zukunftsmusik .....                  | 11 |
| Italien: Chancen im Verteidigungssektor .....                                      | 12 |
| Niederlande: Bürokratieabbau mit ehrgeizigen Zielen .....                          | 12 |
| Oman: Zusammen mit den VAE ein führender Logistik-Hub in der Hafenwirtschaft ..... | 13 |
| Polen: Investitionen in neue Gaskraftwerke.....                                    | 13 |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Veröffentlichungen</b>   | <b>13</b> |
| Gesetzesänderungen in den Niederlanden 2026 .....                             | 13        |
| GTAI-Rechtsbericht zur Umsatzsteuer im internationalen Geschäftsverkehr ..... | 13        |
| Häufig gestellte Fragen (FAQ) zu den US-Handelsmaßnahmen .....                | 14        |
| Wann entsteht eine Betriebsstätte - was Unternehmen wissen müssen .....       | 14        |
| <b>Verschiedenes</b>  | <b>14</b> |
| BMLEH-Unternehmerreisen 2026 .....  | 14        |
| <b>Impressum</b>  | <b>15</b> |

## Veranstaltungen / Unternehmerreisen

### 08.01-17.02.2026 Webinare zu Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsbereich

Zum Jahreswechsel 2025/26 ergeben sich wieder zahlreiche Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsbereich. Für die Praxis ist es wichtig, die oft rechtlich verankerten Änderungen zu kennen und zu prüfen, ob diese die Abläufe im eigenen Unternehmen betreffen. Die IHK für Ostfriesland und Papenburg lädt in bewährter Form zu digitalen Informationsveranstaltungen ein. Das Entgelt für die Teilnahme an Webinaren beträgt 135 Euro pro Person. Weitere Informationen, eine Anmeldemöglichkeit und die Termine finden Sie in dieser [Übersicht](#).

### 03.05.-08.05.2026 Delegationsreise in die USA (Interessensbekundungen bis zum 16.01. möglich)

Die IHKn Ostfriesland und Papenburg, Braunschweig, Elbe-Weser und Lüneburg-Wolfsburg organisieren eine Delegationsreise in die USA, die vom 3. bis zum 8. Mai 2026 stattfinden und die Teilnehmer nach Detroit und Chicago führen wird. Im Fokus stehen die Themen erneuerbare Energien, smarte Fertigung, Logistik sowie die Transformation und der Strukturwandel in der Automobilbranche. Auch das US-Geschäft in Zeiten von Trump 2.0 wird durch den Besuch und Austausch mit deutschen Unternehmen vor Ort näher beleuchtet. Detaillierte Informationen zu der Reise, dem gegenwärtigen Programm sowie zu den Kosten finden Sie auf der [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

Wenn Sie sich für eine Teilnahme an der Reise interessieren, können Sie dort noch **bis zum 16. Januar 2026** eine Interessensbekundung abgeben. Diejenigen, die eine Interessensbekundung abgegeben haben, erhalten den Erstzugriff auf die verbindliche Zusage- und Buchungsmöglichkeit für die Reise ab Ende Januar 2026.

### 20.01.2026 GTAI-Webinar zu Zöllen im US-Markt

Am 20. Januar 2026 ist die Trump-Administration ein Jahr im Amt. Mit ihr hat sich die US-Handelspolitik spürbar verschärft. Unternehmen müssen sich mit immer neuen Zöllen und Handelshemmnisse auseinandersetzen. Das erschwert den Zugang zum US-Markt. In dem kostenfreien Webinar am 20. Januar von 14 bis 15 Uhr gibt Germany Trade & Invest (GTAI) einen kompakten Überblick über die aktuelle Lage und die wichtigsten Entwicklungen. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

### 21.01.2026 Webinar zur Mitarbeiterentsendung nach Deutschland

Innerhalb Europas werden immer häufiger Dienstleistungen grenzüberschreitend erbracht. Dabei entsenden europäische Partnerfirmen ihre Mitarbeitenden nach Deutschland, um hier Aufträge umzusetzen. In vielen Fällen wird vertraglich vereinbart, dass die deutsche Auftraggeberseite die ausländischen Unternehmen bei

den erforderlichen Entsendeformalitäten unterstützt oder diese sogar mitkoordiniert. Neben arbeits- und sozialrechtlichen Vorgaben sind insbesondere Meldepflichten, Nachweisregelungen und Dokumentationsanforderungen zu beachten. Das kostenfreie Webinar der IHK Hannover am 21. Januar von 10 bis 11 Uhr bietet einen kompakten Überblick über die zentralen Vorschriften zur Arbeitnehmerentsendung von europäischen Unternehmen nach Deutschland und gibt zugleich einen Überblick über die Angebote der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA), einer EU-Agentur mit Sitz in Bratislava, die eine faire, einfache und wirksame Anwendung der EU-Vorschriften zur Arbeitskräftemobilität sicherstellt. Weitere Informationen sowie die Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite der IHK Hannover](#).

## 22.01.2026      Geschäftschancen in Entwicklungs- und Schwellenländern

Neue Geschäftsmöglichkeiten liegen oft in weniger etablierten Märkten, in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die richtigen Geschäftskontakte herzustellen oder passende Förderinstrumente zu kennen, ist für den Zugang zu diesen Absatzmärkten enorm wichtig. Die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE) ist die zentrale Anlaufstelle der Entwicklungszusammenarbeit für die deutsche und europäische Wirtschaft. Der IHK-Hub der AWE (Business Scout Oliver Wagener) bei der IHK Düsseldorf steht Ihnen als zentrales Beratungsangebot zur Verfügung, um Sie bei Ihren nachhaltigen Aktivitäten in Entwicklungs- und Schwellenländern zu unterstützen. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich in einem 45-minütigen Einzelgespräch über die Unterstützung Ihrer nachhaltigen Geschäftsmodelle zu informieren. Die Gespräche finden über MS Teams statt. Weitere Informationen sowie die Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite der Oldenburgischen IHK](#).

## 27.01.2026      Seminar zu Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsbereich

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg bietet am 27. Januar 2026 (09:00 bis 16:00 Uhr) ein ausführliches Präsenzseminar zum Thema Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsbereich 2025/26 an. Das Teilnahmeentgelt für den das Seminar in Emden beträgt 250 Euro pro Person. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite der IHK](#).

## 29.01.2026      Webinar „Bulgarien: Ein Wachstumsmarkt im Südosten der EU“

Eine kostenfreie Online-Veranstaltung der IHK für Ostfriesland und Papenburg am 29. Januar von 10 bis 11 Uhr stellt den spannenden Zukunftsmarkt Bulgarien vor und zeigt Chancen für deutsche Unternehmen auf. Bulgarien eröffnet Unternehmen und Investoren vielversprechende Perspektiven. Als Mitglied der Europäischen Union und seit 2024 auch Teil des Schengenraums bietet das Land attraktive Rahmenbedingungen. Seit dem 1. Januar 2026 ist der Euro zudem die offizielle Währung, was die Geschäftsabwicklung weiter vereinfacht. Mit seiner strategischen Lage im Südosten Europas, an der Grenze zur Türkei und in unmittelbarer Nähe zu bedeutenden Märkten im Nahen Osten und Zentralasien, ist Bulgarien ein idealer Knotenpunkt für Handels- und Logistikaktivitäten in der gesamten Region. Das Land zeichnet sich zudem durch ein unternehmensfreundliches Steuerklima, vergleichsweise niedrige Lohnkosten und eine gut ausgebildete Fachkräftebasis aus. Diese Faktoren machen Bulgarien zu einem attraktiven



Standort für Unternehmen aus den Bereichen Produktion, IT und Dienstleistungen. Hervorzuheben ist überdies Bulgariens Rolle als Mitglied der NATO und die umfangreiche Modernisierung seiner Streitkräfte, die interessante Geschäftsmöglichkeiten für Anbieter von Spitzentechnologien, Ausrüstungen und Dienstleistungen im Verteidigungssektor schafft.

Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

### 05.02.2026 GTAI-Webinar „China Ausblick 2026“

Chinas Wirtschaft braucht neue Wachstumsimpulse. Die Immobilienkrise lässt Konsumenten weiterhin sparsam agieren. Im Fokus des kostenfreien Webinars von Germany Trade & Invest (GTAI) am 5. Februar von 9 bis 10 Uhr stehen gesamtwirtschaftliche Trends, neue Anforderungen bei der Wareneinfuhr, aktuelle Maßnahmen der Exportkontrolle sowie relevante Änderungen im Wirtschaftsrecht. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

### 09.02.2026 GTAI-Webinar „Pan-Euro-Med-Zone: Regeln ab Januar 2026“

2026 soll nur noch ein Regelwerk in der Pan-Euro-Med-Zone (PEM) gelten. Erfahren Sie in dem kostenfreien Webinar von Germany Trade & Invest (GTAI) am 9. Februar von 10 bis 11 Uhr was die neuen Ursprungsregeln bedeuten und wie sich der Handel im PEM-Raum verändert. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

## Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

### China: Antidumpingzölle auf Schweinefleisch aus der EU

(GTAI) – Für Schweinefleisch aus der EU müssen chinesische Importeure Antidumpingzölle bezahlen. Im Antidumpingverfahren gegen Schweinefleisch aus der EU hat das chinesische Wirtschaftsministerium MOFCOM eine endgültige Entscheidung getroffen. Diese gilt seit dem 17. Dezember 2025 für zunächst fünf Jahre. Als genereller Antidumpingzollsatz wurde 19,8 Prozent festgesetzt. Für Unternehmen, die im Antidumpingverfahren mit dem chinesischen Wirtschaftsministerium kooperiert haben, beträgt er 9,8 Prozent.

### China: Erweiterte Lizenzpflicht bei Stahlexporten

(GTAI) – Seit dem 1. Januar 2026 unterliegen weitere Stahlwaren aus China einer Export-Lizenzpflicht. Alle Waren des HS-Kapitels 72 sind nun betroffen. Bislang war das nur für Ferrolegierungen der HS-Position 7202 der Fall. Auch Stahlwaren der HS-Positionen 7301 bis 7307 dürfen jetzt nur noch mit Lizenz aus China

exportiert werden. Die Exportlizenzen müssen von den in China ansässigen Exporteuren bei den örtlichen Niederlassungen des chinesischen Wirtschaftsministeriums (MOFCOM) beantragt werden.

## China: Lieferstopp für Dual-Use-Güter nach Japan

(GTAI) – Seit dem 6. Januar 2026 liefert China keine Dual-Use-Waren mehr nach Japan. Das gilt für Lieferungen an militärische Nutzer und andere Nutzer, die zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten Japans beitragen könnten, sowie allgemein zu militärischen Zwecken. Auch Umgehungslieferungen von chinesischen Dual-Use-Gütern über Dritte nach Japan wird untersagt und mit strafrechtlicher Verfolgung bedroht. Rechtsgrundlage ist das chinesische Exportkontrollrecht, das - ebenso wie das amerikanische Exportkontrollrecht - extraterritoriale Geltung beansprucht.

## EU: Neue Regeln im Allgemeinen Präferenzsystem (APS)

(EU) – Der Ratsvorsitz und die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments haben eine vorläufige Einigung über die überarbeitete Verordnung zum Allgemeinen Präferenzsystem (APS) erzielt, im Rahmen derer Entwicklungsländern EU-Handelspräferenzen gewährt werden. Mit dem neuen Rahmen wird das derzeitige System verbessert, zum Beispiel durch eine stärkere Verknüpfung mit der Achtung der Menschenrechte und der Umwelt sowie durch ein besser überwacht und transparenteres System. Wie vom Europäischen Rat gefordert, wird eine neue Verknüpfung zwischen den begünstigten Ländern gewährten Handelspräferenzen und ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Migration und der Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, eingeführt. Weitere Informationen hat die Europäische Kommission in dieser [Pressemitteilung](#) zusammengefasst.

## EU: Neue Regeln in der Pan-Euro-Med-Zone (PEM)

(GTAI) – Seit dem 1. Januar 2026 gilt nur noch ein Satz an Ursprungsregeln im gesamten PEM-Raum, nachdem es im vergangenen Jahr noch zwei Sets an Regeln gab. Diese Änderung hat Auswirkungen auf Präferenznachweise. Die deutsche Zollverwaltung hat in einer [Fachmeldung](#) die wichtigsten Informationen zusammengestellt. Dort hinterlegt sind Informationen zur Gültigkeit von Präferenznachweisen, die vor dem 1. Januar 2026 ausgestellt wurden, Kumulierungsmöglichkeiten ab dem 1. Januar 2026 sowie Details zu Präferenznachweisen und Lieferantenerklärungen als Vorpapier zum Nachweis der Ursprungseigenschaft. Die Europäische Kommission hat Hinweise zur Nutzung der [TARIC-Codes](#) veröffentlicht. Seit Januar 2026 müssen diese Codes bei Zollanmeldungen im Zusammenhang mit Abkommen der PEM-Vertragsparteien angewendet werden.

Die neuen Regeln gehen vor allem mit administrativen Vereinfachungen für Unternehmen einher. Im Handel mit allen Vertragsparteien wird in Zukunft nur noch eine Art von Ursprungsnachweis erforderlich sein. Nämlich die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder die Ursprungserklärung. Der Ursprungsnachweis EUR-MED wird nicht länger beibehalten. Des Weiteren sieht das revidierte Übereinkommen unter anderem folgende Änderungen vor:

- Die produktspezifischen Listenregeln werden vereinfacht.
- Es soll eine Vollkumulation eingeführt werden.
- Die No-Drawback-Regel soll abgeschafft werden - die Möglichkeit der Zollrückerstattung wäre somit einfacher.
- Der Ab-Werk-Preis sowie der Wert der Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft sollen anhand von Durchschnittswerten eines Steuerjahres berechnet werden können.
- Die Werttoleranz von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft wird von zehn auf 15 Prozent erhöht.
- Die Regel der unmittelbaren Beförderung wird durch die Nichtveränderungsregel ersetzt.
- Die Listenregeln für Industrieerzeugnisse werden vereinfacht.
- Bei Verwendung des Wertkriteriums wird der zulässige Anteil an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft von 40 auf 50 Prozent des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses erhöht.
- Verfahren mit Zellkulturen und industrieller Fermentation werden den ursprungsverleihenden Be- oder Verarbeitungen zugerechnet.
- Textilien sollen die Ursprungseigenschaft anhand einer größeren Palette von Verarbeitungsschritten erlangen können.
- Bei den Agrarerzeugnissen soll der zulässige Anteil an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft nach dem Gewicht bemessen werden.
- Grenzüberschreitende Durchlässigkeit, um die Anwendung der revidierten Ursprungsregeln zu vereinfachen: So können Ausführer, die die revidierten Ursprungsregeln anwenden, auch dann kumulieren, wenn ihre Lieferanten die alten Ursprungsregeln anwenden.

Zur PEM-Zone gehören folgende Länder: die Schweiz, die Europäische Union, Island, Liechtenstein, Norwegen, die Färöer-Inseln, die Türkei, Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, die palästinensischen Gebiete, Georgien, die Moldau, die Ukraine, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo.

## EU: Verstärkte Einfuhrkontrollen von Lebensmitteln, tierischen sowie pflanzlichen Erzeugnissen

(DIHK) – Die Europäische Kommission hat Anfang Dezember 2025 schärfere Kontrollen von Lebensmitteln, tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen, die in die EU eingeführt werden, angekündigt. Die Kontrollen umfassen folgende Maßnahmen:

- 50 Prozent mehr Prüfungen in den nächsten zwei Jahren in Nicht-EU-Ländern, das Kontrollniveau in den EU-Ländern wird beibehalten;
- 33 Prozent mehr Audits der Europäischen Grenzkontrollstellen, um zu überprüfen, ob die Mitgliedstaaten Grenzkontrollen im Einklang mit den EU-Anforderungen durchführen;



- eine engere Überwachung nicht konformer Rohstoffe und Länder, wobei die Kontrollhäufigkeit bei Bedarf erhöht wird;
- die EU-Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Durchführung dieser zusätzlichen Kontrollen;
- Einrichtung einer speziellen EU-Taskforce, um die Effizienz der Einfuhrkontrollen zu verbessern. Sie wird sich insbesondere auf Pestizidrückstände, die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und den Tierschutz konzentrieren und koordinierte EU-Überwachungsmaßnahmen für bestimmte eingeführte Erzeugnisse erwägen;
- Schulung von rund 500 Bediensteten der nationalen Behörden zu amtlichen Kontrollen im Rahmen eines speziellen EU-Programms;
- aktualisierte Vorschriften für die Zulassung der Einfuhr von Erzeugnissen mit Spuren besonders gefährlicher Pestizide, die in der EU verboten sind, im Einklang mit kürzlich aktualisierten internationalen Standards.

## EU: Zollfreiheitsgrenze für Sendungen unter 150 Euro aus Drittstaaten fällt weg

(EU) – Im Mai 2023 wurde es eingebracht, am 13. November 2025 hat der Europäische Rat zugestimmt. Die Zollfreiheit für kleine Warensendungen unter 150 Euro aus Drittstaaten an private Verbraucher wird in der Europäischen Union aufgehoben. Ab Juli 2026 wird auf Pakete unter 150 Euro pro Sendung ein Zollsatz von drei Euro erhoben. Ziel ist es, europäische Unternehmen und Wettbewerbsbedingungen zwischen digitalem und traditionellem Handel zu schützen. Weitere Informationen finden Sie in dieser [Pressemitteilung](#) der Europäischen Kommission.

## Schweiz: Änderungen im Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland

(EU) – Zu Jahresbeginn 2026 sind [Änderungen im Doppelbesteuerungsabkommen](#) zwischen der Schweiz und Deutschland in Kraft getreten. Insbesondere enthält das geänderte Abkommen eine Missbrauchsklausel, die steuerliche Vorteile verweigert, wenn sie aufgrund einer Vertragsklausel zu gewähren wären, deren Hauptzweck die Erlangung solcher steuerlichen Vorteile ist. Auch weitere Änderungen erfolgen, um den Wortlaut des OECD-Musterabkommens für Doppelbesteuerungsabkommen zu übernehmen. Darunter fallen zum Beispiel die Bestimmungen zur Definition und Besteuerung von Betriebsstätten, unter anderem auch betreffend Tätigkeiten von abhängigen Vertretern. Umfangreiche Änderungen gibt es bei Details der Grenzgängerthematik. Diese Regelungen finden sich im Wesentlichen im deutlich erweiterten Protokoll. So ist bei Freistellung der Lohn dort zu versteuern, wo die Arbeit ausgeübt würde, wenn es keine Freistellung gäbe. Ebenfalls angepasst ist die Definition, dass eine regelmäßige Rückkehr an den Wohnort erst dann vorliegt, wenn sich der Arbeitnehmer an mindestens 20 Prozent der vereinbarten Arbeitstage im Kalenderjahr vom Wohnsitz an den Arbeitsort und zurückbegibt.

## Türkei: Antidumpingzoll auf Weißbleche

(GTAI) – Weißbleche der Zolltarifnummern 7210.11.00, 7210.12.20, 7210.90.40, 7212.10.10, 7212.10.90 und 7212.40.20 mit Ursprung in Deutschland unterliegen in der Türkei seit dem 20. Dezember 2025 einem Antidumpingzoll. Für ein namentlich genanntes Unternehmen beträgt der Zollsatz 5,53 Prozent, für andere deutsche Unternehmen 11,05 Prozent. Waren aus China, Südkorea, Japan und Serbien sind von den Antidumpingzöllen ebenfalls betroffen. Die hier verhängten Antidumpingzölle bewegen sich zwischen 12,54 und 50,03 Prozent.

## USA: Antidumpingzoll auf Hexamin aus Deutschland

(GTAI) – Die US-Handelsbehörden haben endgültig entschieden, Antidumpingzölle auf Hexamethylentetramin (Hexamin) aus Deutschland, Indien und Saudi-Arabien einzuführen. Die Maßnahme betrifft Hexamin der Zolltarifnummer 2933.69.5000. Die von der ITA (International Trade Administration) ermittelten endgültigen Antidumpingzölle betragen für das deutsche Unternehmen Prefere Paraform GmbH & Co Kg 59,29 Prozent, für das Unternehmen Fiberpipe GFK Vertriebsgesellschaft 102,14 Prozent und für alle anderen von dem Verfahren betroffenen deutschen Unternehmen 59,29 Prozent. Weitere von dem Verfahren betroffene Länder sind Indien und Saudi-Arabien. Die US-Zoll und Grenzschutz wird angewiesen, die Antidumpingzölle auf alle Einfuhren von Hexamin aus den betroffenen Ländern zu erheben. Der Beschluss wurde bereits am 30. Dezember 2025 und erneut in geänderter Fassung am 7. Januar 2026 im Federal Register veröffentlicht.

## USA: H-1B-Visa-Lotterie geändert

(GTAI) – Die USA haben die Regeln für die jährliche H-1B-Visa-Lotterie geändert und erstmals ein Verfahren eingeführt, das höher bezahlte Fachkräfte bevorzugt. Am 29. Dezember 2025 hat das US-Heimatschutzministerium bedeutende Änderungen in der jährlichen H-1B-Visa-Lotterie im Federal Register veröffentlicht. Im Rahmen der Neuregelungen werden H-1B-Visa nicht mehr ausschließlich per Zufallsprinzip vergeben, sondern höher bezahlte Arbeitskräfte priorisiert. Konkret sehen die Änderungen vor, dass Anträge für H-1B-Visa künftig nach der Höhe des angebotenen Gehalts gereiht werden. Bewerberinnen und Bewerber mit Löhnen, die sich an den oberen Stufen der Lohnskala befinden, sollen eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit erhalten. Ziel der Maßnahme ist es laut Heimatschutzministerium, sicherzustellen, dass das H-1B-Programm vorrangig hochqualifizierte Fachkräfte anzieht und den Schutz des US-Arbeitsmarktes sowie des Lohnniveaus stärkt. Mit dieser Umstellung entfernt sich das Verfahren von der bisherigen reinen Lotterie, bei der alle ordnungsgemäß eingereichten Anträge unabhängig vom Gehalt die gleiche Chance hatten.

## USA: Zölle auf Holz und Holzprodukte

(GTAI) – Mit der Proklamation 10976 vom 29. September 2025 führen die USA zusätzliche Zölle auf Einfuhren von Bauholz, Nutzholz und deren Derivate ein. Zuvor war hierzu eine behördliche Untersuchung in den USA eingeleitet worden. Um die neuen Zollsätze umzusetzen, erfolgt eine Anpassung des US-Zolltarifs (HTSUS).

Die Zusatzzölle gemäß den neuen HTSUS-Positionen werden zusätzlich zu allen bestehenden (Antidumping-)Zöllen, Gebühren und Abgaben erhoben. Bisher war Holz von den reziproken Zöllen ausgenommen. Mit der Änderung werden nun 158 Unterpositionen des Kapitels 44 HTSUS aus der Liste der Ausnahmen gestrichen und unterliegen damit den reziproken Zöllen. Der Zollsatz für Holzprodukte mit Ursprung in der Europäischen Union, die unter diese Proklamation fallen, wird 15 Prozent nicht überschreiten. Eine Übersicht mit weiteren Details hat Germany Trade & Invest (GTAI) in einem [Artikel](#) auf seiner Webseite zusammengestellt.

## USA: Zollkontingente für bestimmte Waren

(GTAI) – Im Die USA geben aktualisierte Zollkontingente für bestimmte Waren bekannt. Innerhalb eines Zollkontingents dürfen Waren während eines definierten Zeitraums bis zu einer festgelegten Menge oder einem bestimmten Wert zu vergünstigten Zollsätzen oder ganz ohne Zoll eingeführt werden. Details zu betroffenen Produkten, Zeiträumen, Mengen sowie Dokumentationspflichten finden Sie in den amtlichen Bekanntmachungen, den [Quota Bulletins 2026](#).

## USA: Zollrückerstattungen bald nur noch elektronisch

(GTAI) – Ab dem 6. Februar 2026 stellt die US Customs and Border Protection (CBP) sämtliche Rückerstattungen ausschließlich elektronisch über Automated Clearing House (ACH) aus. Nach diesem Datum wird CBP keine Rückerstattungen mehr per Scheck ausstellen, es sei denn, eine Ausnahmegenehmigung wurde bewilligt. CBP empfiehlt allen Importeuren und anderen möglichen Empfängern von Rückerstattungen, die nach dem 5. Februar Zahlungen erwarten, die bereitgestellten [Hinweise zur elektronischen Registrierung](#) zu prüfen und die notwendigen Schritte rechtzeitig abzuschließen.

## Vereinigtes Königreich: Änderung der Exportkontrollverordnung

(DIHK) – Seit dem 16. Dezember 2025 ist eine neue Exportkontrollverordnung im Vereinigten Königreich in Kraft, welche unter anderem für eine Angleichung an das geltende EU-Recht sorgt. In einer [Mitteilung](#) fasst die britische Regierung wichtige Neuerungen für die Exporteure zusammen.

# Ländernotizen

## Ägypten: Neue Energievereinbarung mit Israel

(GTAI) – Israel soll in den nächsten 15 Jahren weitere 130 Milliarden Kubikmeter Erdgas an Ägypten liefern. Die Regierung in Tel-Aviv genehmigte im Dezember 2025 einen entsprechenden Vertrag. Abnehmer ist das ägyptische Energieunternehmen Blue Ocean. Die Vereinbarung ergänzt einen bestehenden Vertrag aus dem Jahr 2019 und bedeutet eine mehr als dreifache Erhöhung der ursprünglich vereinbarten Liefermenge. Das Gas stammt aus dem Leviathan-Feld, dem größten Erdgasvorkommen Israels im Mittelmeer. Betreiber ist der

US-Konzern Chevron, der 40 Prozent der Förderrechte hält. Mit Gesamtreserven von rund einer Billion Kubikmetern verfügt Israel über stabile Exportperspektiven und beliefert bereits Jordanien mit rund drei Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Gleichzeitig steigt in Ägypten der Gasbedarf kontinuierlich, während die heimische Förderung die Nachfrage nicht deckt. Die neue Exportvereinbarung stärkt somit nicht nur die Energiesicherheit beider Länder, sondern unterstreicht auch die zunehmende Rolle Israels als regionaler Gasversorger im östlichen Mittelmeer.

### Bulgarien: Rüstungsindustrie baut Kapazitäten aus

(GTAI) – Um künftig den NATO-Anforderungen gerecht zu werden und um die Nachfrage vor allem nach Munition bedienen zu können, modernisiert Bulgarien seine Streitkräfte und die Rüstungsindustrie. Deutschland gehört nach den USA zu den wichtigsten Lieferanten und ist führend bei den Anlageinvestitionen. Der Bedarf an Rüstungsgütern ist für die noch weitgehend mit sowjetischer Technik ausgerüsteten Streitkräfte immens - insbesondere nach Abgabe bedeutender Mengen davon an die Ukraine. Für den Aufbau einer Drohnenabwehr zum Beispiel braucht Bulgarien landbasierte - und mit Blick auf das Schwarze Meer - auch seegestützte Systeme. Die Teilnahme Bulgariens am Drohnenwall der NATO umfasst mehrere technologische Komponenten: elektronische Systeme zur Störung von Drohnensignalen (Jammer), physische Barrieren wie Schutznetze über kritischer Infrastruktur, mobile Einrichtungen mit schweren Maschinengewehren, leichten Flugabwehrkanonen oder Boden-Luft-Raketen und fortschrittliche Sensoren und Radar, einschließlich akustischer Systeme, die Drohnen durch Geräuschsignaturen erkennen können.

### Grönland: Fischerei dominiert, Rohstoffe noch Zukunftsmusik

(GTAI) – Kaum ein Land hat in den letzten Jahren so viel unerwartetes mediales Interesse erhalten wie Grönland. Die Insel wurde aufgrund ihrer hohen Rohstoffvorkommen und ihrer strategisch-geopolitischen Lage mehrfach von US-Präsident Trump zum Kauf beansprucht – allerdings mit mehrheitlicher Ablehnung durch die Grönländer selbst. Nach dem Militäreinsatz der USA in Venezuela im Januar 2026 gerät die Insel erneut in den Fokus der US-Administration und damit auch der Weltöffentlichkeit. Noch ist das Land in großen Teilen abhängig vom Königreich Dänemark, durch das es im 18. Jahrhundert kolonialisiert wurde. Im Jahr 1979 erhielt Grönland den Status der Autonomie und befindet sich seit 2009 in Selbstverwaltung. Mehr als 90 Prozent der grönländischen Exporte machen traditionell Fischereiprodukte aus. Im Jahr 2024 belief sich deren Wert auf umgerechnet knapp 680 Millionen Euro, gefolgt mit weitem Abstand von Maschinen und Transportequipment im Wert von zehn Millionen Euro. Damit ist Grönland stark abhängig von internationalen Käuferpreisen. Größter Exportpartner ist Dänemark. Im Jahr 2024 entfielen zudem rund 22,5 Millionen Euro des grönländischen Exportvolumens auf den Verkauf von Zubereitungen von Fleisch und Fisch nach Deutschland. Da Grönland neben der Fischerei kaum andere Wertschöpfung kreiert, muss der Rest importiert werden. Dazu zählten im Jahr 2024 hauptsächlich Maschinen und Transportequipment sowie Mineralöle und Schmierstoffe. Es wird hauptsächlich aus Dänemark und Schweden importiert. Aus Deutschland bezieht Grönland vor allem Kraftfahrzeuge, Maschinen sowie elektrotechnische Erzeugnisse. Deutschland befindet sich zwar unter den sechs wichtigsten Handelspartnern, allerdings sind die Handelsströme minimal. Trotz erheblicher Vorkommen an seltenen Erden und kritischen Rohstoffen in

Grönland bleibt deren wirtschaftlicher Beitrag marginal. Hohe Förderkosten, schwierige Logistik und fehlende Infrastruktur verhindern bislang eine rentable Ausbeutung. Das Rohstoffthema ist zwar strategisch relevant, aber ökonomisch noch Zukunftsmusik.

## Italien: Chancen im Verteidigungssektor

(GTAI) – Italien zählt mit rund 4.000 Unternehmen zu den größten Verteidigungsstandorten Europas, direkt hinter Deutschland, Frankreich und Polen. Die Branche erwirtschaftet etwa 14 Prozent des europäischen Marktvolumens. Führend sind dabei die international tätigen Konzerne Leonardo und Fincantieri, die eine zentrale Rolle in NATO-Programmen spielen und die technologische Leistungsfähigkeit des italienischen Sektors maßgeblich mitgestalten. Gleichzeitig ist die Branche durch eine starke Präsenz mittelständischer Unternehmen gekennzeichnet: Hunderte KMU liefern Hightech-Komponenten in Bereichen wie Cybersecurity, Luft- und Raumfahrt und Schifffahrt. Zwischen 2019 und 2023 stiegen die italienischen Rüstungsexporte um 86 Prozent, mit Hauptabnehmern wie den USA, Katar und Ägypten. Die Branche trägt substantiell zur industriellen Wertschöpfung bei und ist zunehmend ein strategischer Pfeiler der italienischen Wirtschaftspolitik. Die staatlichen Verteidigungsausgaben stiegen 2025 auf 31 Milliarden Euro, davon entfallen 13 Milliarden Euro allein auf Beschaffung, was einen historischen Höchstwert darstellt. Italien investiert gezielt in die strategische Neuausrichtung seiner Verteidigungsindustrie und schafft damit einen innovationsgetriebenen Markt. Für deutsche Unternehmen eröffnen sich vielfältige Chancen, sich frühzeitig in langfristige Programme einzubringen und als Partner in europäischen Wertschöpfungsketten sichtbar zu werden. Zwar ist der Markt wettbewerbsintensiv, doch bestehen auch für mittelständische Anbieter realistische Einstiegsmöglichkeiten – insbesondere dann, wenn sie spezialisierte Technologien oder komplementäre Lösungen einbringen. Bis 2039 plant die italienische Regierung zudem Investitionen von bis zu 130 Milliarden Euro in Hochtechnologien, Raumfahrt, Cybersecurity und softwarebasierte Lösungen. Besonders gefragt sind Technologien, die zur digitalen Transformation der Streitkräfte beitragen, die Interoperabilität innerhalb der NATO stärken und die europäische Verteidigungsfähigkeit langfristig sichern.

## Niederlande: Bürokratieabbau mit ehrgeizigen Zielen

(DNHK) – Während in den Niederlanden derzeit die Regierungsbildung noch in vollem Gange ist und dieser Prozess wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, ist die geschäftsführende Regierung nicht untätig: Im September 2025 hatte Wirtschaftsminister Vincent Karremans angekündigt, bis zum kommenden Sommer 500 Vorschriften abzuschaffen, um den Bürokratieabbau voranzubringen. Vor den Weihnachtsferien wurden bereits der erste Meilenstein verkündet: Bis Mitte Dezember wurden laut Karremans bereits 218 konkrete Vorschriften identifiziert, die bereits abgeschafft sind oder sich in der Umsetzung der Abschaffung befinden. Seit der Ankündigung der Bürokratieabbau-Offensive haben alle Ministerien systematisch Regelungen erfasst, die Unternehmen unverhältnismäßig belasten. Grundlage waren Rückmeldungen von Unternehmen und Branchenverbänden, Analysen in neun Wirtschaftssektoren, Untersuchungen bei mittelständischen Referenzunternehmen sowie Hinweise des Beratungsgremiums zur Regulierungskontrolle.

## Oman: Zusammen mit den VAE ein führender Logistik-Hub in der Hafenwirtschaft

(BMWE) – In den vergangenen fünf Jahrzehnten haben die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und der Oman einen tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel durchlaufen und sich zu bedeutenden Akteuren in der Region entwickelt. Die VAE sind zu einem weltweit etablierten Logistik-Hub gewachsen. Oman lockt durch Vorteile wie seine strategisch günstige Lage. Insbesondere für den Containerumschlag, den Re-Export und die Industrieanbindung in der Golfregion sind die VAE heute unverzichtbar. Im Logistics Performance Index der Weltbank belegten die VAE 2023 Rang elf weltweit. Auch der Oman entwickelt sich zunehmend zu einem strategischen Knotenpunkt in der maritimen Logistik zwischen Asien, Afrika und dem Nahen Osten. Im Gegensatz zu den stark verdichteten Häfen der Nachbarstaaten setzen die omanischen Behörden auf gezielte Spezialisierung, moderne Infrastruktur und eine dezentrale Hafenpolitik. Mit einer Küste von über 3.000 km und direktem Zugang zum Indischen Ozean bietet das Land enorme logistische Vorteile. Containerterminals können in Salalah, Muscat und Sohar angelaufen werden. Auf rund 300.000 Arbeitskräfte soll der Sektor in der Zukunft wachsen.

## Polen: Investitionen in neue Gaskraftwerke

(GTAI) – Polen setzt beim Umbau seiner Energieversorgung zunehmend auf Erdgas. Nach Angaben des Netzbetreibers Gaz-System soll der jährliche Gasverbrauch bis 2031 um mehr als 50 Prozent steigen, auf rund 28,5 Milliarden Kubikmeter. Erdgas gilt als Brückentechnologie, um die Abhängigkeit von Kohle zu verringern. Für diese Strategie braucht das Land neue Kraftwerke, Leitungen und Importterminals. Deutsche Unternehmen sind an zahlreichen Projekten beteiligt.

# Veröffentlichungen

## Gesetzesänderungen in den Niederlanden 2026

Zu Jahresbeginn 2026 sind in den Niederlanden verschiedene gesetzliche Neuerungen in Kraft getreten. Eine [Übersicht der Deutsch-Niederländischen Handelskammer](#) (DNHK) bietet einen kompakten Überblick über zentrale Gesetzesänderungen, die für Unternehmen und das wirtschaftliche Umfeld relevant sind.

## GTAI-Rechtsbericht zur Umsatzsteuer im internationalen Geschäftsverkehr

Unternehmen empfinden das Umsatzsteuerrecht oft als sehr komplex. Ein [Rechtsbericht von Germany Trade & Invest](#) (GTAI) vermittelt die Grundlagen der Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr.



## Häufig gestellte Fragen (FAQ) zu den US-Handelsmaßnahmen

Die neuen US-Zölle werfen viele Fragen auf. Germany Trade & Invest (GTAI) hat auf seiner [Webseite](#) die wichtigsten Antworten zusammengestellt und verweist auf die Originalquellen. Die Seite wird laufend aktualisiert.

## Wann entsteht eine Betriebsstätte - was Unternehmen wissen müssen

Viele Unternehmen begründen im Ausland ungewollt eine steuerliche Betriebsstätte. Ein klarer Blick auf die Voraussetzungen hilft, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Germany Trade & Invest (GTAI) hat eine Übersicht mit weiteren Informationen auf seiner [Website](#) zusammengestellt.

# Verschiedenes

## BMLEH-Unternehmerreisen 2026

Ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) möchte kaufkräftige Auslandsmärkte für deutsche Produkte erschließen. Dazu werden weltweit Unternehmerreisen angeboten. Einer [Übersicht](#) können Sie alle geplanten Reisen für das Jahr 2026 entnehmen.

## Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg  
Ringstraße 4  
26721 Emden

[www.ihk-emden.de/international](http://www.ihk-emden.de/international)

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer  
für Ostfriesland und Papenburg

01 2026